

Er scheint wöchentlich  
einmal: Freitag.  
Anzeigen: Die fünfspaltige  
Beitragsspalte 40 Pfg.  
Für die Ortsvereine 10 Pfg.  
Im Abonnement nach  
Uebereinkunft.  
Schluß der Redaktion:  
Dienstag Mittag.

# Die Woche

Abonnement  
vierteljährlich 1.— Mark  
bei jedem Postamt und in der  
Expedition.  
Eingetragen in der  
Post-Zeitungspreisklasse.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O. 55,  
Greifswalderstr. 221/223.

## Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 32 Berlin, den 9. August 1912 23. Jahrg.

Hauptsprech-Amt Königsplatz, 4720  
Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223, Geldsendungen an W. Rielke, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.  
Hauptsprech-Amt Königsplatz, 4720

**Inhaltsverzeichnis.** Christliche und Gelbe. — Wohnungsfrage in Deutschland. — Holzarbeiterstreik und Belagerungszustand. — Rechte und Pflichten der Mitglieder. — Die Deutschen Gewerkschaften (S.-D.) im Strom des öffentlichen Lebens. — Rundschau: Ein Reichstagsvertrag im Schneidergewerbe. Schwindelmeier & Co. Eine berechnete Wackelpfeife. Nachruf Heinrich Mohr. — Patentstreit. — Aus den Ortsvereinen: Ansbach. Berlin. Stolp. Striegau. Thorn. — Lohnbewegung. — Literarisches. — Zur Anstalts. — Versammlungen des Ortsv. Berlin. — Anzeigen.

### Christliche und Gelbe.

Als der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier im März dieses Jahres lobte und der christliche Bergarbeiterverband sein unsolidarisches Verhalten im „Bergknappen“ verteidigte, da jubelte die gelbe Presse und rief aus: „Das sind gesunde gelbe Gedanken.“ Diese Bemerkungen waren den Christlichen natürlich unangenehm und sie versuchten mit dem üblichen Wortschwall über diese für sie peinliche Festnagelung hinwegzukommen. Ein neuer Vorfall, der Ausdruck des Papstes, lenkte die Aufmerksamkeit von den oben erwähnten Vorkommnissen ab.

Inzwischen haben in Essen die „Gelben“ einen sogenannten nationalen Arbeiterkongress abgehalten, von dem in der Schamacherpresse viel gefaselt wurde. Diese Tagung führte in der konservativen „Schlesischen Zeitung“ zu einer Erörterung über das Thema: „Nationale und christliche Organisationen.“ Mit dem Inhalt dieses Artikels schien der Vorstand des gelben Kruppischen Werkvereins nicht in allen Teilen einverstanden zu sein und er sandte der Redaktion der „Schles. Ztg.“ eine Zuschrift, die das Verhältnis der Gelben zu den Christlichen darlegt und folgenden Wortlaut hat:

„Nach mehrjährigen Ringen um die Anerkennung unserer Grundzüge in der Öffentlichkeit sind wir wirtschaftlich organisierten nationalen Arbeiter jetzt so weit, daß sich die große nationale Presse im Anschluß an die kürzlich Essener Tagung für unsere Bewegung ausgesprochen hat. Auch Ihr Mitarbeiter hat das getan. Er hat dabei den Wunsch geäußert, die Christlichen und die Gelben möchten sich schließlich einmal vereinigen. Jeder echte Vaterlandsfreund wird das wünschen; auch wir wünschen, daß es einmal dahin kommen möchte. Leider sind die Aussichten dazu recht gering; vielleicht interessiert es Ihre Leser, kurz zu hören, weshalb.“

Die Christlichen sehen nach ihrem Programm den Streik als äußerstes Mittel vor. Auch wir geben — wie wir im Gegensatz zu Ihrem Mitarbeiter besonders betonen — unser Streikrecht nicht auf, sondern auch wir behalten uns den Streik für den Notfall ausdrücklich vor. Und doch besteht trotz der scheinbaren Ähnlichkeit zwischen den beiden auf dem Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung stehenden Richtungen ein fundamentaler Unterschied. Die Christlichen haben ihre Organisationsform vollständig derjenigen der sozialdemokratischen Gewerkschaften nachgebildet, die in der ganzen Gewerkschaftsfrage lediglich eine Nachfrage sehen. Diesem Grundgedanken entsprechend, haben die Roten ihren Gewerkschaften folgerichtig die Form der zentralistischen Berufsorganisation gegeben, welche die Machtentfaltung gegen das Unternehmertum ohne Zweifel am besten ermöglicht. Darin nun, daß der Streikgedanke, der im Programm der Christlichen schärflich im Vordergrund steht, in ihrer Organisationsform als Leitgedanke in Erscheinung tritt, zeigt sich schon, daß die christlichen Gewerkschaften ebenso Koalitionen des Mißtrauens gegen die Unternehmer sind, wie die roten Gewerkschaften. Und in der Praxis hat sich das bestätigt. Wir brauchen darauf hier wohl nicht näher einzugehen, und es mag der Hinweis genügen, daß die Christlichen sich nicht wenig zugute getan haben, als sie in einem der letzten Jahre mehr gestreikt hatten als die Roten. Kampf gegen die Unternehmer, das ist der rote Faden, der sich durch alle Gedankengänge auch der Christlichen hindurchzieht, und Vorbereitung zu diesem Kampf und Rüstung zu dem Hauptkampfmittel, zum Streik, das ist der erste und wesentlichste Zweck auch der christlichen Gewerkschaften! Dadurch, daß die Unternehmer sich dann auch den Christlichen gegenüber ganz ablehnend verhielten, sind diese den roten Gewerkschaften noch näher gekommen.

Anderes liegt die Sache bei uns. Wir sind Koalitionen des Vertrauens, und zwar nicht nur mit

Worten, sondern auch in der Tat. Bei uns spielt der Machtgedanke die letzte Rolle, und dementsprechend ist auch unsere Organisation so gewählt, daß der Gedanke des Vertrauens in der klarsten Form zum Ausdruck kommt. Wir legen unserer Organisation, soweit dies möglich ist, nicht die berufliche Klassifizierung, sondern die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Werke zugrunde, indem wir uns sagen, daß mit dem Gedeihen des Werkes das Wohl der Belegschaft steht und fällt. Diese Erkenntnis weist uns, wie alle übrigen an dem Werke Beteiligten, auf ein erprobliches Zusammenwirken mit den anderen Faktoren hin, und wir wollen dieses Zusammenwirken nicht von vornherein durch ein Zeichen des Mißtrauens, nämlich durch Anjammung von Streikfonds, tören. Ist die Absicht des friedlichen Zusammenwirkens nicht bei allen Beteiligten rückhaltlos ehrlich, so kann auf die Dauer nichts dabei herauskommen.

Hiernach sind die Christlichen gewerkschaftlich viel mehr mit den Roten verwandt als mit uns. Das wissen sie auch selbst, und deshalb ist ihr Grundgedanke: Dieber hundertmal mit den roten Gewerkschaften gegen die Gelben, als einmal mit den Gelben gegen die roten Gewerkschaften. Die Christlichen haben ihre sämtlichen Sitze im Vorstand der Kruppischen Pensionskasse an die Roten preisgegeben, bloß um nicht mit unserem Verein zusammengehen zu müssen. Hätten sich die Christlichen mit uns geeinigt, was wir ihnen zweimal angeboten haben, so befäßen sie jetzt die Mehrheit der Arbeiterseite im Pensionskassenvorstand. Auch die häßliche Beschimpfung unserer Bewegung von der Tribüne des Reichstages durch den Zentrumsabgeordneten und christlichen Gewerkschaftsführer Schiffer zeigt die starke Abneigung der Christlichen gegen uns. Die trennenden gewerkschaftlichen Gesichtspunkte sind den Christlichen eben viel wichtiger als das einende nationale Moment.

Was die roten und die christlichen Gewerkschaften untereinander, ist im wesentlichen nur der politische Stimmzettel. Die „Freien“ stimmen rot und die „Christlichen“ überwiegend Zentrum. Und hierin steckt der zweite Grund für die Schwierigkeit der Einigung. Das Zentrum befürchtet, daß ihm Stimmen verloren gehen könnten, wenn sich die Arbeiterwähler anderen nationalen Gewerkschaften zuwenden die nicht gewissermaßen durch Personalunion mit ihm verbunden sind. Dabei ist unsere Bewegung aber parteipolitisch durchaus neutral; unsere Bewegung kann sich gar nicht an eine politische Partei anlehnen, weil unsere Freunde sich auf alle bürgerlichen Parteien verteilen. Das Zentrum will aber keine Einigung seiner Christlichen mit uns.

Wie ersichtlich, kann die Vereinigung der „Christlichen“ und der „Gelben“ nach Lage der Verhältnisse in absehbarer Zeit gar nicht erreicht werden. Trotzdem wird dieses Ziel nicht aus dem Auge verloren werden dürfen; und wenn einmal eine gesunde Grundlage für eine Verständigung gefunden werden kann, die auch den wirtschaftlichen Frieden gewährleistet, so wird unsere Bewegung im Interesse des Vaterlandes gewiß nicht abgeneigt sein, der Verständigung zuzustimmen.

Diese Ausführungen zeigen deutlich, welche Folgen das Verhalten der Christlichen bei der Bergarbeiterbewegung zeitigen. Angenehm dürfte es jedenfalls nicht gerade sein, wenn die befreundete Presse der christlichen Gewerkschaften schon den Wunsch ausdrückt, diese möchten sich mit den Gelben vereinigen. Aber das ist der Fluch der bösen Tat, die fortzujagen Böses muß gebären. Sollten die christlichen Gewerkschaften in der kommenden Zeit noch mehr auf den Boden der katholischen Fachabteilungen gedrängt werden, was sehr wahrscheinlich ist, dann dürfte der Zeitpunkt für eine Verständigung zwischen Christlichen und Gelben näher gerückt sein.

### Wohnungsfrage in Deutschland.

Von Dr. v. Mangoldt, Generalsekretär des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, Frankfurt a. M.

III.  
Von großem Einfluß auf die Verringerung unserer Bodenpreise könnte weiter auf eine solidere und bessere Regelung unserer Taxationswesen für Grundstücke werden, wofür mancherlei Vorbilder in Deutschland vorliegen.  
In ähnlicher Weise stehen der Gesetzgebung und staatlicher Verwaltung eingreifende Maßregeln zur Verstärkung der Konkurrenz im Anbaubereich und Herabdrückung der Preise

auf diesem Wege offen. Es ist noch immer viel zu wenig bekannt und beachtet, daß durch das preussische Anbaugesetz von 1904, durch die an sich ja notwendigen und segensreichen Bebauungspläne, insbesondere aber durch das kommunale Verbot des sogenannten wilden Bauens auf Grund des § 12 des preussischen Fluchtmittelgesetzes die Konkurrenz in Bauland bei uns weit unter das an und für sich mögliche und so außerordentlich wünschenswerte Maß herabgedrückt wird. Die relativ mäßigen Bodenpreise des dichtbesiedelten rheinisch-westfälischen Industriegebietes hängen z. B. wahrscheinlich eng damit zusammen, daß dort auf Grund der historischen Entwicklung diese Hindernisse der freien Aufschließung und starken Konkurrenz in Bauland viel weniger entfaltet sind als in unseren nord- und mitteldeutschen Großstädten. Es gilt, auf dem Wege der Gesetzgebung und Verwaltung in dieser ganzen Beziehung einmal gründliche Revision zu halten, gleichzeitig aber auch positive Maßregeln zu schaffen zur Erleichterung und Vermehrung der Aufschließung von Bauland. Als solche kämen z. B. in Betracht, etwa in Erweiterung des durch das bürgerliche Gesetzbuch gegebenen Rechts des sogenannten Nowegs, bei Stadterweiterungen die Verhinderung der Zugänglichkeit der weiter hinaus gelegenen Grundstücke durch die Besitzer der vorderen abzustellen; ferner den Straßenbau durch Gründung von Rentenbananstalten, die die Straßenkosten vorstrecken und in allmählichen Ratenzahlungen wieder abtragen lassen, zu erleichtern. Ebenso wäre es in Verbindung mit dieser letzteren Reform sehr wichtig, den Gemeinden den Straßenbau zu erleichtern, indem ihnen gestattet wird, seine Kosten von den Anliegern nicht erst bei dem Bau von Häusern, sondern sofort wieder einzuziehen. Und den Gemeinden gegenüber wären den ausschließungs- und baulustigen Einzelnen mehr und besser verfolgbare Rechte auf Erzielung von Bebauungsplänen, Erlaubnis zur Anlage von Straßen und Aufschließung von Baugelände und dergleichen mehr zu geben. Auf dem Leipziger Wohnungskongress hat der dritte Referent zur Bodenfrage, Stadtverordneter Dr. Heilbrunn-Frankfurt a. M., hierüber sehr Beachtenswertes ausgeführt. Und über all das hinaus könnte man vielleicht auch an die Erleichterung der Aufschließung und des direkten Verkehrs zwischen Urbesitzern und Bauenden durch Errichtung öffentlicher Behörden denken, die die Aufgabe hätten, hier vermittelnd, fördernd und erleichternd zu wirken.

Da das Kapitel der Vermehrung des Baulandangebots schlägt natürlich auch der große Gesichtspunkt der Dezentralisation unserer städtischen Ansiedlungen überhaupt. Daß hier die Gesetzgebung und Verwaltung des Staates außerordentlich viel tun können, liegt auf der Hand. Nur auf einen Punkt sei ganz besonders hingewiesen, das sind die Eingemeindungen.

Aber das Heil ist nicht nur in der Reform der privaten Bodenbeschaffung zu suchen, sondern die öffentliche Bodenwirtschaft, der Bodenbesitz und die Bodenverwertung der öffentlichen Körperschaften müssen hinzutreten. Und hier vermöchte wiederum der Staat durch die Verwendung des zahllosen, ihm gehörigen fiskalischen Geländes an freiverwendbaren Exerzierplätzen, Kasernementen, Festungsgeländen, alten Dienstgrundstücken, Forst- und Domänenbesitz außerordentlich viel zu tun. Der Fiskalismus, mit dem bisher im allgemeinen diese Gelände verwendet worden sind, ist nicht bekannt, sondern berücksichtigt. Man denke nur an das Tempelhofer Feld! Gelingt es, hier endlich einmal eine Preisermessung, die auch der öffentlichen Wohlfahrt Rechnung trägt, durchzuführen, so wäre schon sehr viel gewonnen. Das würde stark auch auf die Gemeinden zurückwirken, die mit ihrem reichen Besitz jetzt mit wenigen Ausnahmen eine ebenso fiskalische Politik verfolgen.

Mit dem öffentlichen Grundbesitz hängt die Frage des Erbbaurechts zusammen. Es ist zu verlangen, daß dieses nunmehr endlich sachgemäß gesetzgeberisch weiter entwickelt und namentlich seine Beleihungsfähigkeit geklärt wird. Dann wird es auch mehr und mehr die ihm zuwachsende Rolle als bodenpolitisch besonders geeignete Verwendungsform öffentlichen Grundbesitzes spielen können.

Wir sind bei der Bodenfrage besonders ausführlich gewesen, streifen wir die anderen Fragen nur im Fluge! Die schweren Mängel in der Bautätigkeit können von der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates in mannigfacher Weise gleichfalls gelindert werden. Durch eine Reform der Bebauungsbestimmungen

läßt sich unter mehr als einem Gesichtspunkte die Baulätigkeit beleben, erleichtern und verbilligen. Die Kapitalbeschaffung kann sowohl durch direkte Gewährung staatlicher Kapitalien, wie durch Errichtung öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten, etwa im Anschluß an die Tätigkeit der Landesversicherungsanstalten, wesentlich verbessert werden, namentlich auch für das so schwierige Gebiet der zweiten Hypothek. Durch die Verbesserung der ganzen Bodengrundlage vermittelt der oben erörterten Maßregeln wie durch die Verbesserung der Kapitalbeschaffung und andre Maßregeln würde dann vermutlich auch die Möglichkeit gegeben sein, in viel größerem Umfange wieder das Großkapital zur Produktion von kleinen Wohnungen heranzuziehen und das so übermäßig teuer arbeitende vermögenslose kleine Unternehmertum mehr auszuspalten.

### Holzarbeiterstreik und Belagerungszustand.

In dem kleinen ostpreussischen Städtchen Ragnit kam es zu Ausschreitungen, die von jedem denkenden Gewerkschaftler bedauert werden müssen. Bis jetzt gelten die Holzarbeiter als die am meisten gewerkschaftlich disziplinierten Arbeiter. Der Fall, den wir heute besprechen wollen, ist jedoch so eigenartig, daß es sich wohl lohnt, ihn näher zu beleuchten, ist doch bei den blutigen Zusammenstößen ein Menschenleben zu beklagen. Der Sachverhalt ist kurz folgender:

Bei der Firma Brüning & Sohn, Kistenfabrik in Ragnit, haben die Arbeiter, die im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert sind, Forderungen gestellt. Wie aus der Tagespresse ersichtlich, hatte der Verband mit der Firma einen Vertrag abgeschlossen, der am 1. Juni d. J. abgelaufen war. Nach denselben Nachrichten waren die Lohnforderungen mit Ausnahme des Akkordarbeits bewilligt. Der Unternehmer soll nun von dem Holzarbeiterverband bzw. dem verhandelnden Zahlstellendorstehenden aus Tilfit Garantien für Einhaltung des Vertrages durch die Arbeiter verlangt haben, da der alte Vertrag durch diese mehrfach gebrochen worden sei. Diese Garantien zu übernehmen sei abgelehnt worden, worauf der Streik ausbrach.

Uns scheint diese Darstellung, die wir der „Vossischen Zeitung“ in Berlin entnehmen, nicht ganz zu stimmen, denn es ist kaum anzunehmen, daß die Arbeiter deshalb in den Streik traten, weil ihre Verbandsleitung die vom Unternehmer verlangten Garantien ablehnte, vielmehr dürfte dies auf die Ablehnung der Aufbesserung der Akkordlöhne zurückzuführen sein.

Wie in den weitaus meisten Fällen so auch diesmal versuchte der Unternehmer Arbeitswillige zu bekommen. Es gelang ihm denn auch aus Polen 30 Mann zu bekommen, die jedoch von den Streikenden abgefaßt und mit Reisegeld versehen am gleichen Tage wieder abgeschoben wurden. Darauf verschaffte sich die Firma aus Hamburg Arbeitswillige, die dann auch die Arbeit aufnahmen. Nun soll es fast täglich zu Ausschreitungen gekommen sein, die der „Vorwärts“ den Arbeitswilligen, die bürgerliche Presse jedoch den Streikenden in die Schuhe schieben. Nach unserer Auffassung dürften wohl beide Teile an den Exzessen die Schuld tragen. Daß die Streikenden einen großen Teil Schuld haben, geht auch aus einem Satz des „Vorwärts“ hervor, indem er schreibt: „Wenn man bedenkt, daß die Arbeiter in Ragnit noch nicht lange unter der gewerkschaftlichen Disziplin stehen, so ist die Empörung derselben verständlich.“ Die Ausschreitungen bestanden in Fensterwerfen, Zertrümmerung von Laternen usw. Ein Polizeikommissar und ein Gendarmereiwachmeister wurden von den Exzessanten schwer verletzt, ein Arbeiter tödlich. Der verletzte Polizeikommissar Vorper schreibt über diesen Vorfall in der konservativen „Ostpreussischen Zeitung“ wie folgt:

Am Sonnabend den 27. Juli kam es in der Nähe des Fabrikgebäudes zu Messerereereien, die ich mit einigen Gendarmereiwachmeistern unterdrücken konnte. Etwa 10<sup>1/2</sup> Uhr abends ging ich allein durch die Polnische Straße und gewahrte an der Memel-

brücke, in der Nähe des Hafens, eine zusammengetrottelte Menge von etwa fünfzig Personen. In höflicher Weise wurden diese von mir zum Auseinandergehen aufgefordert, jedoch ohne Erfolg; plötzlich wurden sämtliche Gaslampen durch Einwerfen zerstört, es herrschte demzufolge tiefes Dunkel. Plötzlich erhielt ich von der Hintertreppe einen fürchterlichen Schlag, der mich sofort zu Boden streckte. In diesem Augenblick kam Hilfe. Einige Gendarmereiwachmeister hatten meine Positionen gehört und stellten sich den Angreifern entgegen. Der Gendarmereiwachmeister Bullschereit erhielt sofort einen Schlag, daß er zu Boden fiel. Mein Angreifer wollte mich gerade mit einem schweren Stein bearbeiten, wurde jedoch durch den noch unverletzt gebliebenen Gendarmereiwachmeister durch einen Revolvererschuß getötet. Nun kam Verstärkung herbei, wobei die Angreifer zurückgeschlagen wurden. Der Arbeiter Girulat hatte direkt einen Schuß durch die Stirn erhalten. Wäre dieser nicht erschossen worden, so wäre es um mein Leben geschehen gewesen. Seit Sonnabend bin ich bettlägerig krank, habe eine große Verwundung am Hinterkopf und Schmerzen am ganzen Körper, da ich auch von der Menge mit Fäßen getreten wurde.“

Von der sozialdemokratischen Presse dagegen wird behauptet, daß der erschossene Arbeiter Girulat gänzlich unbeteiligt gewesen sei. Auf diese Vorkommnisse hin wurde die 1. Kompanie des 41. Infanterieregiments aus Tilsit nach Ragnit berufen, und das Städtchen unter Militärbesatz gestellt. Die Anfruchtparagraphen sind an allen Plakatsäulen angebracht.

Als am Mittwoch, den 31. Juli die Beerdigung des erschossenen Arbeiters Girulat vollzogen wurde, war der Kirchhof und der Zugang zu demselben mit Soldaten, mit aufgeschulztem Seitengewehr, besetzt. Auffallend war bei dieser Beerdigung das Verhalten der Geistlichkeit, die dem erschossenen Girulat ein kirchliches Begräbnis verweigerte. Inzwischen soll noch eine weitere Kompanie Infanterie in Ragnit einmarschiert sein.

Noch sind die Vorkommnisse im Ruhrgebiet nicht vergessen und die Urteile über die Streikführer sind noch lebhaft in aller Erinnerung, als schon wieder dieser neue Fall die Öffentlichkeit beschäftigt. Wir wollen nicht, wie der „Vorwärts“ das tut, alle Schuld auf die Behörden abwälzen, sondern rein sachlich auch die Umstände untersuchen, die zu diesen, die Arbeiterbewegung so schwer schädigenden Krawallen geführt haben. Das Menschenmaterial, das im Ruhrgebiet im Bergbau beschäftigt ist, und die in Ragnit im Ausstand befindlichen Ritzmacher dürften wohl annähernd auf derselben Bildungsstufe stehen, so daß entsprechende Vergleiche gezogen werden können.

Im Ruhrgebiet waren es über 200 000 Menschen, die innerhalb zwei Tagen in den Ausstand traten, und gleich bei Beginn desselben durch das Verhalten der christlichen Organisation in einer gewissen gereizten Stimmung sich befanden. Obwohl eine solche große Masse sich schwer im Zaume halten läßt, waren die dort erfolgten Ausschreitungen minimaler Natur und haben sich nur in seltenen Fällen zu tätlichen Angriffen verdichtet. Kritischer wurde die Situation erst, als durch Herbeiführung von Militär, das Aufstellen von Kanonen die Erbitterung gegen die Veranlasser dieser Aktion stieg. In Ragnit sind es etwas über 100 Arbeiter, die im Streik stehen, eine verhältnismäßig kleine Zahl, die sicher so geleitet und geführt werden konnte, ohne daß ernstliche Ausschreitungen zu erwarten waren. Was ist nun die Schuld, daß diese Arbeiter so ganz gegen alle gewerkschaftliche Disziplin handelten? Der bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften gepredigte Haß gegen alles, was nicht nach ihrer Pfeife tanzt, die unkluge Art, den Arbeitern eine Macht vorzugaukeln, die sie tatsächlich nicht besitzen, sind die Hauptargumente, die zu solchen bedauerenswerten Vorkommnissen wie in Ragnit führen. Wir müssen uns doch klar sein, daß im Kriege nicht nur der Angreifer, sondern auch der Angegriffene alle Waffen, die ihm den Sieg bringen können, führt. Wer in der Führung dieser ihm zu Gebote stehenden Waffen der geschicktere ist, wird meist als Sieger das

Kampffeld verlassen. So wie die Dinge in Ragnit liegen, kann nicht gerade behauptet werden, daß der Deutsche Holzarbeiterverband und seine Mitglieder besonders glücklich operiert haben. Nach der Abschließung der polener Streikbrecher mußte damit gerechnet werden, daß Ersatz dafür gesucht werden würde. Als die Eingekerkerten aus Hamburg dann eintrafen, mußten die Verbändler wissen, daß nun doppelte Vorsicht und strengste Disziplin von Nöten war, sollte der Kampf nicht verloren gehen. In diesem schwierigen Moment hat die Zeitung vollständig versagt, so daß es zu Blutvergießen kam, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Erst nachdem es so weit gekommen war, wurde Militär requiriert. Den Tod des Arbeiters Girulat muß bis zu einem gewissen Teil, so weit sich das bis jetzt übersehen läßt, die Streikleitung auf ihre Kappe nehmen. Gewiß, auch wir halten es für verfehlt und verurteilenswert, wenn der Staat seine Macht einseitig nur dazu benützt, die besitzende Klasse zu schützen. Wir können nach den vorliegenden Berichten jedoch zu keinem anderen Resultat kommen, als daß in diesem Falle die Arbeiter selbst das Herbeiführen von Militär veranlaßt haben. Ob durch solche Taktik der Sieg sich an die Fahne der streikenden Holzarbeiter heften wird, ist mehr wie zweifelhaft. Dazu kommen noch die nachher erfolgenden Urteile wegen Landfriedensbruch und anderes mehr, das einen großen Teil der Arbeiter mit ihren Familien ins Unalück stürzt. Wenn auch der Belagerungszustand in Ragnit nicht erklärt ist, so dürfte doch die Einquartierung von zwei Kompanien Militär für ein Städtchen mit 5000 Einwohnern eine schwere Last bedeuten. Es müßte dieses Vorkommnis wieder ein weiterer Beweis sein, wie notwendig es ist, Einigungsinstanzen für gewerbliche Streitigkeiten einzuführen, um so alle Teile schädigende Vorkommnisse aus der Welt zu schaffen.

### Rechte und Pflichten der Mitglieder.

In den Statuten jeder Organisation ist ein besonderer Abschnitt den Rechten und den Pflichten der Mitglieder gewidmet. Auch bei uns ist dies der Fall, jedoch scheint es, daß viele Mitglieder keine der dem Teil ihres Statuts die genügende Beachtung schenken, der von den Rechten der Mitglieder handelt. Wird das Mitglied arbeitslos, wird es krank oder passiert ihm sonst was, was mit den Unterstützungsansprüchen an die Organisation im engen Zusammenhang steht, dann wissen sie wohin sie sich zu wenden haben.

Das soll kein Vorwurf sein, denn es ist selbstverständlich, daß jeder der seine Pflichten erfüllt auch seine Rechte geltend machen kann. Zudem gehört es nicht zuletzt zu unseren Aufgaben, auch sonst im Arbeiterleben die Rechte der Mitglieder zu verteidigen und zu schützen, weshalb wir ihnen ja auch mit dem Nachschuß zur Seite stehen. Der Satz also: Wo Pflichten sind, müssen auch Rechte sein, soll an Gültigkeit nichts verlieren. Das ist für uns so natürlich, daß es mir überflüssig erscheint, darüber Worte zu machen. Anders aber liegt die Sache, wenn man das Gegenstück des vorhin genannten Satzes betrachtet und das lautet: Wo aber Rechte sind, da sind auch Pflichten! Es erscheint gerade nicht unnötig, diesen Grundsatz mal in den Vordergrund einer Besprechung zu legen.

Das man seine Unterstützungsansprüche nur durch eine Beitragszahlung erwerben kann, leuchtet ein. Jedoch wäre es gut, wenn manche Mitglieder nicht vergessen würden, daß auch hier Pünktlichkeit genau so gut am Plage sein sollte, wie man dies bei der Geltendmachung von Ansprüchen sonst beliebt. Eine pünktliche Beitragszahlung ist die erste Voraussetzung einer geordneten Kassensführung und man sollte fleißig darauf bedacht sein; auch schon deshalb, um den Kassierer nicht unnötig seine Arbeit zu erschweren.

Nun aber sind wir doch nicht eine bloße Versicherungsgesellschaft gegen die Wechselfälle des Lebens, sondern in erster Linie eine Koalition zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes. Ihre Erfolge werden wesentlich beeinflusst von der Zahl

## Die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) im Strom des öffentlichen Lebens.

IX.

### Sachstum der „Gewerksvereine“ unter dem Sozialistengesetz und Entfremdung des Liberalismus von der Gewerksvereinsbewegung.

(Fortsetzung.)

Die Deutschen Gewerksvereine waren, wie schon bemerkt, auch während des Sozialistengesetzes — das sie mit seinen Konsequenzen auch entschieden verurteilten — beleben geblieben. Aber sie mußten sich, schon um Schwierigkeiten mit der Behörde zu vermeiden, in der Hauptsache auf den Ausbau ihrer Unterstützungsanstaltungen beschränken. Das die Gewerksvereinsorganisation auf dem Gebiete des Versicherungswesens leistungsfähiger, muß als hervorragende Leistung von ihnen angesehen anerkannt werden. Vängst ehe die staatliche Unfallversicherung eingeführt wurde, hatten die Gewerksvereine ihre Unfallversicherungsbewegung eingeführt und großes in der Unfallversicherung geleistet. Auch sonst war sie als Organisation bestrebt, Verbesserungen für die Arbeiterklasse, so gut sie konnte, zu erreichen. Doch so erfolgreich und nützlich die Anstaltseinrichtungen und Maßnahmen der Gewerksvereine als während der 12-jährigen Periode des Sozialistengesetzes waren, so blieben sie doch in dem Organisationsstadium hier und da einen Geist, der sie nicht als Vermittlung als Vermittlung wirkte.

Während Sozialdemokratie und Kommunismus zur Stärke heranzuwuchs, die Liberalen und Demokraten ihren neuen Kraft gab, zeigte im Liberalismus sich ein Schwächwerden. Er einmüde und stärker seine Gegner wurden, desto uneinigter und schwächer er selbst. Die liberale Uneinigkeit setzte erst recht ein, als 1890 der Reichstag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zum Übergang, die deutsche

Wirtschaftspolitik zu ändern, zum Schutzgriff. Aber nicht bloß die Uneinigkeit der Liberalen wuchs, sondern gleichzeitig mit der damit verbundenen Schwäche auch die weitere Entfremdung der Arbeiterklasse vom Liberalismus. Man verstand das Seelenleben der Arbeiter nicht, auch nicht den Kern der eigentlichen Arbeiterbewegung. In national-liberalen Kreisen trat der liberale Gedanke stark hinter dem nationalen zurück. Man fühlte sich nur in der Regierungsjahre wohl und erstarb in der Anbetung des großen Staatsmannes. Die alte Fortschrittspartei verkannte die sozialen Probleme, sie wurde manchesterlich doktrinär und trug nicht wenig zur Stärkung der Sozialdemokratie bei. Man konnte die Grenze zwischen Individualismus und Sozialismus nicht finden.

Die politische, liberale Arbeiterbewegung ging nach der Spaltung in Nürnberg 1868 immer mehr zurück. Nur einzelne Vereine blieben lebensfähig. Die mangelnde Sympathie, die die Gewerksvereine bei dem liberalen Bürgertum hatte, gab Anlaß, daß man in den Gewerksvereinen anfing, die Frage der Aufstellung eigener Kandidaten zu den politischen Wahlen und die Gründung einer Arbeiterpartei zu diskutieren. Weil man der sozialen Frage im liberalen Bürgertum zu wenig Beachtung schenkte, im überspannten Freiheitsbegriff nur vom „Spiel der freien Straße“ redete, kam es so, daß auch die liberal geführte Arbeiterklasse das Vertrauen verlor und selbständige Wege zu gehen vermochte. Man nach dem Fall des Sozialistengesetzes spaltete die Militärvorlage wieder die politischen Kräfte des Liberalismus. Je „uneinig“ das liberale Bürgertum wurde, desto „neutral“ die Deutschen Gewerksvereine. Als eine Folge widriger Umstände zogen sie sich immer mehr vom Schauplatz des öffentlichen Lebens zurück. Ihr Neutralitätsbegriff ging nachher soweit, daß man gleichbedeutend damit erachten konnte die Erziehung zum politischen Indifferentismus. Auf diese Weise zog man natürlich nicht die genügende Zahl von Kämpfern groß für die eigenen Gewerksvereinsideale. Ein Umstand, der sich bis heute noch rächt.

# Mundschau.

der Mitglieder. Je stärker die Organisation in den Betrieben, desto besser ist es für die Arbeiter. Das ist verständlich für jeden, trotzdem wird oft manches verkannt, wenn die Möglichkeit sich bietet, noch unorganisierte Nebenkollegen der Organisation zuzuführen. Mehr Agitationskämpfe sollte man von manchen Kollegen erwarten. Flugblätter und Agitationsmaterial steht den Mitgliedern stets zur Verfügung, sie haben nur mehr sich ihrer Pflicht gegenüber der Organisation und ihren eigenen Interessen bewußt zu werden und die dringend mahnt, sorgt für die Stärkung und Ausbreitung der Gewerkschaftsorganisation. Seid nicht gleichgültig in dieser Hinsicht, überlaßt diese Werbearbeit nicht unsern Gegenverbänden. Werbet selbst neue Mitglieder.

Soll aber unsere Organisation lebensfähig sein, dann fort mit der Bauheit in den eigenen Reihen. Fleißiger Versammlungsbefuch ist unentbehrlich für das innere Leben des Vereins. Der Ausschuß soll gewiß für die Mitglieder arbeiten, aber nicht für sie allein, sondern mit ihnen. Nicht bloß zahlende Mitglieder, sondern tätige Mitglieder braucht ein Ortsverein. Die einzelnen Versammlungen sollen das Interesse der Mitglieder an unseren Bestrebungen wieder spiegeln. In denselben wollen und müssen wir all die Vorgänge besprechen, die uns als Gewerkschafter interessieren und die Mittel beraten, die anzuwenden sind, um unsere Bestrebungen zu fördern. Wer von der Organisation verlangt, daß sie für die Interessen unseres Standes und Mitglieder eintritt, kann und darf sich nicht der Pflicht entziehen, stets die Versammlungen und Veranstaltungen des Vereins zu besuchen.

Wir sind zudem eine Gefinnungsgemeinschaft. Bestimmte Grundsätze trennen uns von den anderen gewerkschaftlichen Strömungen. Besondere Ideale sind es, die wir gegenüber den anderen Verbänden verteidigen. Darum muß jeder auf die Frage: Warum sind wir Gewerkschafter? auch eine Antwort geben können. Es ist nicht selten, daß man über den Terrorismus der Gegner klagt. Gewiß nicht immer mit Unrecht, denn uns sind ja nicht wenige Fälle solcher Unduldsamkeiten bekannt. So selbstverständlich es ist, daß wir dies verurteilen und uns dagegen wehren, so sicher ist es andererseits, daß derjenige Kollege am meisten vor derartigen terroristischen Handlungen geschützt ist, wenn er beschlagen ist, wie man so sagt, auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung. Wenn er sich ein Wissen angeeignet hat, das ihn schützt, das Opfer falscher Vorwürfe zu werden. Wenn er die Antwort nicht schuldig bleibt auf niedrige Angriffe. Derjenige Kollege, der sich selbe sucht, wenn es gelten sollte die Ehre und die Interessen der Gewerkschaftsorganisation zu verteidigen, wird sich keinen Respekt verschaffen bei seinen Kollegen. Er wird im Gegenteil immer derjenige Mann sein, dem die anderen manches bieten zu können glauben. Diese falsche Angst vor der eigenen Courage hat noch nie einen persönlichen Gewinn dem Einzelnen gebracht. Mehr heraus deshalb aus der Reserve, mehr selbständiges Auftreten überall dort, wo es gilt als Gewerkschafter seinen Mann zu stellen. Auch das gehört mit zu den Pflichten unser Mitglieder, wenn wir die Grundsätze unserer Organisation zur Anerkennung bringen wollen.

Diese Pflicht schließt mit Notwendigkeit eine andere in sich, nämlich die, sich selbst ein Verständnis anzueignen über die leitenden Grundideale unserer Gewerkschaftsbewegung. Wer sie selbst nicht kennt, kann weder solche verteidigen, noch andere darüber aufklären. Darum haben wir die Pflicht, uns zu bilden in den einzelnen Versammlungen, wir müssen lernen unsere Bewegung zu erkennen in ihrem Wesen, müssen wissen die geschichtlichen Vorgänge aus denen alles entstand, was heute ist. Diese Bildungsmöglichkeiten sind uns gegeben durch Vorträge in den einzelnen Versammlungen, im fleißigen Lesen unserer Gewerkschaftsliteratur nicht zuletzt aber unserer Zeitung „Die Eiche“ selbst. Wie mancher legt nicht gerade auch die letztere achlos bei Seite, statt ihren Inhalt sorgfältig zu durchlesen und ihn, wo er dazu ansetzt, ordentlich in der Agitation zu benutzen. Auch hierin muß ein Wandel eintreten. Denn wozu brauchen wir denn eine wöchentliche Zeitung, wenn sie mit ihrem Inhalt nicht auch genügend beachtet wird und wenn sich das in ihr nicht selten enthaltene agitatorische Material nicht umsetzt in werbende Kraft. Ist darum fleißig unsere „Eiche“ wenn sie kommt. Das ist eine Pflicht, die wir uns selbst schuldig sind. Ist aber auch unsere provinzielle Wochenchrift, die uns noch vertraut macht mit den wichtigsten Vorgängen unseres öffentlichen Lebens. Denn wir haben auch als Staatsbürger unsere Pflichten zu erfüllen, indem wir nicht gleichgültig zuschauen, was andere treiben. Nein, auch die Gewerkschaftsorganisation ist in ihrer Entwicklung abhängig von dem Einfluß den wir derselben im öffentlichen Leben verschaffen haben. Darum sollten unsere Mitglieder auch in dieser Beziehung ihren Mann stellen.

Dann aber haben die Mitglieder die Pflicht, darauf zu achten, daß durch die Vermittlung eines gut ausgebauten Vertrauensmännersystems besondere Vorgänge in den Betrieben zur Kenntnis der Organisationsleitung gelangen. Auf diesem Gebiete wird oft viel geleistet. Und man sollte begreifen, daß dies nicht so weiter gehen darf. Die Leitung einer Organisation kann auf diesen Meldedienst nicht verzichten. Er gehört mit dazu, wenn wir es ernst nehmen wollen mit unseren Aufgaben. V.

**Ein Reichstaxisvertrag im Schneidergewerbe.**  
Wie unser Bruderorgan „Der Bericht-Erstatte“ meldet, haben vom 1. Juli ab in Erfurt Beratungen der Zentralvorstände für einen Reichstaxisvertrag stattgefunden, die einen erfreulichen Verlauf nahmen. Nach eingehenden Verhandlungen unterbreiteten die Unparteiischen folgende Vorschläge:

- I. Ab 1. März 1916 sollen alle einzelnen Tarifverträge zu einem Reichstaxisvertrag zusammengefaßt werden, der bis zum letzten Februar 1920 unter Ausschaltung aller Streiks und Aussperrungen gelten soll. Wenn nicht drei Monate vor Ablauf eine Kündigung erfolgt, so soll der Reichstaxis jeweils auf ein Jahr weiter laufen.
- II. In der Zeit bis zum 1. März 1916 besteht die teiltägige Handlungsfreiheit.
- III. Zur Vorbereitung des Reichstaxisvertrages soll eine einheitliche Regelung der Extraarbeiten und der sonstigen im § 22 des Generalvertrages benannten Fragen tunlichst erzielt werden. Hierbei ist der Arbeitgeberverband gehalten, folgende Mindestforderungen zu gewähren:

- a) die Arbeitszeit darf zehn Stunden nicht überschreiten;
- b) Furnituren sind zu liefern oder zu vergüten;
- c) Zuschläge für Heimarbeit werden grundsätzlich als berechtigt anerkannt;
- d) vorschriftsmäßige Betriebswerkstätten sind zu fördern;
- e) Extraarbeiten sind systematisch nach Maßgabe der darauf verwendeten Zeit zu bezahlen;
- f) Doppeltarife sind einzuschränken und allmählich zu beseitigen;
- g) für Uniform- und Damenschneiderei ist ein Lohnstarifmuster zu schaffen. Zur Beratung und Feststellung wird eine Spezialkommission aus Vertretern sämtlicher Vertragsparteien zusammentreten.

IV. Wird über die Fragen zu III eine Einigung bis zum 1. Januar 1916 nicht erreicht, so ist die Angelegenheit längstens bis 15. Januar 1916 einem Kollegium von drei Unparteiischen zu unterbreiten, welches auch berechtigt ist, einen Schiedsspruch zu fällen. Dieser Schiedsspruch unterliegt der Beschlußfassung der Vertragsparteien; dieselbe hat längstens bis 1. Februar 1916 zu erfolgen.

V. Die Tarifverträge, welche bis 1. Dezember 1915 gekündigt worden sind, sind in entsprechender Anwendung der Grundsätze zu IV zu behandeln.

VI. Bezüglich der in den Jahren 1912, 1913 und 1914 gekündigten Verträge werden die Termine unter IV um 15 Tage verlängert.

Zu diesen Vorschlägen werden nun die einzelnen Organisationsstellen nehmen. Ebenfalls sind die Vorschläge so, daß es möglich sein dürfte, zu einer gemeinsamen Verständigung über den Reichstaxisvertrag zu kommen.

**Schwindelmeier & Co.** Die „Holzarbeiterzeitung“ versucht in ihrer Nr. 31 unserem Gewerkschaftsverein eine Streikbruchgeschichte an die Rockschöße zu hängen. Es wird da behauptet, wir hätten Kollegen in den Betrieben in Bremerhaven-Behe usw. gestreikt, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, und andere Streikbrecher in den Gewerkschaften aufgenommen. Von der ganzen hier erzählten Moritat ist nicht ein Wort wahr. Erstens haben wir in den genannten Orten keine Mitglieder, so daß auch niemand gestreikt werden kann, die Arbeit aufzunehmen, ebenso ist uns von Mitgliederaufnahmen nichts bekannt. Aber es ist wie immer, die Genossen müssen schwindeln, damit sie für die wahrscheinlich dort gemachten Dummdinge in der Öffentlichkeit andere verantwortlich machen können. Wir möchten in diesem Falle jedoch heute schon verraten, daß wir dieser verlogenen Gesellschaft bei weiteren derartigen Notizen ganz gehörig auf die Finger klopfen werden.

**Eine berechtigte Wackpfeife** verlegt der „Gewerkschaftsverein“ der christlichen Gewerkschaftspresse, besonders aber dem „Deutschen Metallarbeiter“ in seiner Nr. 62. Wie auch den Lesern der „Eiche“ bekannt ist, führen die Christen seit einigen Jahren einen Verleumdungskampagne gegen unseren Verbandskollegen Roth-Suitgart, den Führer der württembergischen Eisenbahner. Der Haupttäter dieser Verleumderei war der christliche Sekretär Groß. Roth verklagte diesen Patentchriften mit dem Erfolge, daß Groß zu 100 M. Geldstrafe verurteilt wurde und eine Erklärung abgeben mußte, in der es heißt: „daß er sämtliche Beleidigungen gegenüber dem Privatkläger Roth, sowohl die beleidigenden Ausdrücke als die Vorwürfe strafbarer Handlungen und sittlicher Verfehlungen mit dem Ausdruck des Bedauerns als unbegründet zurücknimmt.“ Herr Groß trägt sämtliche Kosten einschließlich der dem Kollegen Roth erwachsenen notwendigen Auslagen.

Trotz dieser glänzenden Rechtfertigung unseres Kollegen Roth hing das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften wieder mit neuen Verleumdungen an, die natürlich wieder den Weg durch die christliche Gewerkschaftspresse nahmen. Darauf schreibt nun der „Gewerkschaftsverein“ den Christen mit Recht folgenden Brief ins Stammbuch:

„Sesen denn jene Blätter nur das, was sie gegen andere Organisationen verwenden können? Befügen

sie so wenig Anstandsgefühl, auch die Antwort der Gegner ihren Lesern kundzugeben? Wir vermögen uns ein solches Verhalten nicht zu erklären. Jedenfalls ist dem „Deutschen Metallarbeiter“ unsere Nr. 60 noch einmal zugesandt worden. Wir sind gespannt, ob das christliche Blatt seinen Lesern nunmehr auch unsere Erklärung unterbreitet.“

Ein treuer, eifriger Verbandskollege wurde am vergangenen Sonntag zu Grabe getragen. Nach nur wenigen Tagen der Krankheit starb am Donnerstag, den 1. August, nach einer schweren Darmoperation der Hauptkassierer des Gewerkschaftsvereins der Bildhauer,

## Heinrich Mohr.

Der Verlebte war seit fünf Jahren Hauptkassierer seines Gewerkschaftsvereins und hat sich durch seinen offenen ehrlichen Charakter das Vertrauen aller erworben. Es wird ihm deshalb im Verbands der Deutschen Gewerkschaften, wo er als Vertreter des Zentralrates wirkte, ebenfalls ein dauerndes Andenken sicher sein.

## Patentschau.

(Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin-Nichtenberg, Scheffelstr. 10. — Auskünfte kostenlos.)

### Angemeldete Patente:

- Nr. 34g. M. 46924. Zusammenlegbarer Stuhl. Wilh. Menzel, Berlin. Ang. 5. 2. 12.
- Nr. 34i. F. 34284. Ausziehbüchse. S. Frische & Co. Biegnitz. Ang. 15. 4. 12.
- Nr. 37d. G. 34454. Fenster mit wagerecht verschiebbaren und nach innen schlagenden Flügeln. Carl Georgius, Hamburg. Ang. 9. 6. 11.
- Nr. 34i. N. 13157. Zusammenlegbarer Tisch. Alfred de Namur, Morlanwelz. Ang. 8. 3. 12.
- Nr. 38e. H. 47792. Schraubenzwinne. Frau Joh. Jos. Haas, Köln a. Rh., Frau Theod. Schmitz, Frl. Maria Wilh. Haas, Frau Rich. Stodt und Carl Haas, Pfalzburg und Köln. Ang. 23. 3. 09.

## Aus den Ortsvereinen.

**Ansbad.** Am Sonntag, den 28. Juli, veranstaltete der hiesige Ortsverband einen Familienausflug nach Dautenwinden. Hierzu fand sich eine stattliche Anzahl Kollegen mit ihren Familien auf dem schön gelegenen Felsenkeller der Brauerei Dautenwinden ein, wo sich alsbald ein reges Leben entwickelte. An Unterhaltung wurde mancherlei geboten; den Reigen hierzu eröffnete die Tochter des Kollegen Vogel mit einem von ihm verfassten Gedicht, in dem besonders auf die Ziele der Deutschen Gewerkschaften hingewiesen wurde. Es folgten dann abwechselnd heitere und ernste Deklamationen, sowie verschiedene Unterhaltungsspiele, ausgeführt von der Jugendabteilung. Es haben somit alle dazu beigetragen, diesen Tag zu einem frohen Familienfest zu gestalten. Nur zu rasch verflohen die schönen Stunden im Gewerkschaftskreise und hochbefriedigt wanderte man spät abends den heimlichen Pfaden zu.

**Berlin.** „Die Ruhepause ist vorbei, wieder an die Arbeit!“ Dieser Satz, welcher uns so oft bei unserer Arbeitslosigkeit zugerufen wird, sollte uns auch an unsere Organisation erinnern. Die Zeit rückt immer näher heran, wo in vielen Ortsvereinen die Frage behandelt werden muß: „Wie stellen wir uns zu dem im nächsten Jahre ablaufenden Tarifvertrag, welcher im November dieses Jahres gekündigt werden muß.“ Deshalb ist es notwendig, daß jetzt schon alle Kollegen eine rege Tätigkeit entfalten durch Besuch aller Versammlungen. Die Unorganisierten müssen auf die Bedeutung der Organisation und den Tarifablauf aufmerksam gemacht werden. Auch sind noch viele zum neuen Tarifablauf gehörende Fragen zu behandeln. Es ist deshalb höchste Zeit, daß die Kollegen sich ihrer Pflichten bewußt werden. Besonders wir Berliner und vornehmlich die Buntschler haben alle Veranlassung, das vorstehend Bemerkte zu bedenken. Gilt es für uns doch vor allen Dingen, das größte Uebel für alle unsere Kollegen, den Hunger und Elend im Gefolge habenden Arbeitsnachweis in seiner jetzigen Gestalt zu kürzen. („Das graue Gepreißt“ nach der Holzarbeiterzeitg. vom 20. 7. 12.) Viele Kollegen vom Deutschen Holzarbeiterverband haben dieselbe Meinung wie wir, leider aber haben diese Kollegen bei solchen Abstimmungen nicht viel zu sagen. Sie wählen dazu ihre Delegierten, und wie dieselben abstimmen, ist nur zu gut bekannt. Deshalb, ihr Berliner Kollegen, tut eure Pflicht und besucht die zum 11. August einberufene Versammlung. (Siehe unter Versammlungsanzeigen.) Carl Kuppel.

**Stolz i. Pom.** (Sozialdemokratischer Terrorismus) Das Einruemen des Ortsvereins der Holzarbeiter mit dem Holzarbeiterverbande ist seit dem letzten Jahre ein gutes. Es wurden verschiedene Differenzen in den einzelnen Betrieben gemeinlich erledigt. Doch man kann nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Durch die letzten Vorkommnisse erweckt es den Anschein, als wolle man nicht mehr das gemeinsame Zusammenarbeiten! Oder hat die anwachsende Hitze, die wir seit einigen Wochen zu verzeichnen haben, auf den Gehirnfarten der „Genossen“ schädlich eingewirkt? Sollte

dies nicht sein, ist anzunehmen, daß man von der Zeitung Uneinigkeit sein will; die Uneinigkeit von 1910 also längst vergessen hat. Dann allerdings können sich unsere Klagen wieder einmal freuzen, und werden auch wir dann wieder zeigen, wessen Geisteskind die Genossen sind. Diese Fragen tauchen auf, wenn wir den letzten Terrorismusfall der Genossen gegen unsern Kollegen Schanowski bei der Firma Hllich betrachten. Bei der Firma sind nur „sozialdemokratische Holzarbeiterverbänder“ beschäftigt, also eine sogenannte Hochburg besteht dort. Vor einigen Wochen trat unser Kollege, nachdem er schon bei der Firma Carl Becker Terrorismusfälle erduldet hatte, bei der Firma Hllich in Arbeit. Diese Stelle hatten die Genossen ihm empfohlen. Warum? Weil es bei dieser Firma leichter war, diesen Kollegen den Holzarbeiterverbande zuzuführen. Die „Genossen“ forderten den Kollegen von neuem auf, den Uebertritt in den Holzarbeiterverband zu vollziehen, was der Kollege jedoch entschieden ablehnte. Dieses sagte den „Genossen“ nicht in den Stram. „Ein anders Organisiertes darf hier bei uns nicht arbeiten.“ war die Parole. Nun wurde Gewalt angewendet, man legte dem Kollegen alles in den Weg was man nur erdachte, um denselben in seinem Arbeitsverhältnis zu schädigen. Der Kollege machte Vorfälle, und man klopft in die Sockel und Stopfschilde Nägel hinein, damit der Kollege, wenn er pugte, auf dieselben hobelte. Nicht das allein, auch wurden Nägel in die Nebelohre hineingeschlagen, man wollte den Kollegen in seinem Arbeitsverdienst schädigen, und auf diese Weise bei seiner Firma ein schlechtes Zeugnis ausstellen, damit der Kollege entlassen würde. Auch mit diesem „Machwerk“ richteten diese „Vedden“ nichts aus, dervelbe war überzeugend, daß solche Vorfälle unter Gewerkschaftskollegen nicht vorkommen. Nachdem die Firma hiervon Kenntnis erhielt, nahm sie sofort Stellung, um die Uebeltäter zu entlassen. Es empuppten sich auch die „freien Radikalisten“ Binsch und Witt als die Frevler, welche die Firma wort entließ. Straf Antrag wird von unserer Seite, sowie von der Firma angefragt werden.

**Striegau.** Am 16. Juli traten die Arbeiter der Zigarrenfabrik Schwarz hier wegen Lohnunterschieden in den Streik. Die Löhne in diesem Betriebe sind recht niedrige und forderten die Zigarrenarbeiter eine sechsprozentige Lohnerhöhung, was angesichts der allgemeinen Steigerung sämtlicher Lebensbedarfsartikel gewiß als eine bescheidene Forderung bezeichnet werden darf. Allein die Firma lehnte selbst diese berechtigste Forderung ab. Darauf traten sämtliche Arbeiter in den Streik, darunter 4 Gewerkschaftsmitglieder, wovon einer, der Rüstmacher H., unserm Gewerkschaftsverein angehört. Der Prokurist J. machte nun die größten Anstrengungen, um Streikbrecher heranzuziehen und damit den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Es gelang ihm denn auch, zwei christlich organisierte Widmädchen in den Betrieb zu bringen. Doch nicht genug, es fing auch der ebenfalls christlich organisierte Rüstmacher Berner in dem Betriebe an. Bezeichnend für B. ist, daß er seine bisher innegehabte Stelle kündigte, um bei der bestreikten Firma Schwarz als Arbeitswilliger eine Kontrollrolle geben zu können. Nach Anzeigen des Prokuristen zu schließen soll unser Kollege H., der schon über drei Jahre in dem Betriebe arbeitete, nicht wieder eingestellt werden, um Berner dauernd zu beschäftigen. Es wird sich ja nun zeigen, ob der Zigarrenarbeiterverband, der diese Bewegung leitet, ebenfalls Solidarität zeigt, wie das unser Kollege getan hat. Das von den Christen an den Tag gelegte Verhalten dürfte das in der letzten Zeit sehr heruntergekommene Renommee jedenfalls nicht bessern. **S. Ruppelt**

**Thorn.** Unser Ortsverein der Holzarbeiter feierte am 14. Juli das Fest seines 40jährigen Bestehens, verbunden mit der Jubelfeier von zwei Mitgliedern. Außer den übrigen Thorer Gewerkschaften waren eine Reihe auswärtiger Brudervereine erschienen, so daß das Fest über den Rahmen einer lokalen Feier hinausging. Nachmittags 1 Uhr versammelten sich bei Karolik, Heiliggeiststraße, die hierigen 6 Ortsvereine, um in geschlossenem Zuge, mit Fahnen und Musik, nach dem Restaurant Nicolai zu marschieren. Von hier

aus setzte sich dann der Festzug durch eine Reihe von Straßen in Bewegung. Es nahmen daran teil 3 Vereine von Elbing, 6 von Graudenz, 1 von Culmburg, 2 Okerode, 2 Bromberg, 1 Dirschau, 1 Danzig und die 6 Thorer Ortsvereine, im ganzen etwa 180 Personen mit 18 Fahnen. Die beiden Jubilare, Kollege Ruczkewicz, welcher dem Verein 25 Jahre, und Kollege Naumann, welcher ihm 34 Jahre angehört, wurden im offenen Wagen im Zuge mitgeführt. Am Kaiser Wilhelmdenkmal legte der Festverein einen Kranz nieder, und hier begrüßte Herr Bürgermeister Stachowicz die Festteilnehmer mit einer Ansprache. Der Ortsverein der Tischler konnte heute auf eine 40jährige Vergangenheit zurückblicken. Er habe diesem Tage eine besondere Weihe gegeben durch die Herbeiführung bestreudeter Gewerkschaften aus Stadt und Umgebung. Das zahlreiche Erscheinen derselben sei ein Beweis dafür, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in Thorn einen fruchtbaren Boden gefunden haben. Möge dieser Tag dazu beitragen, in weiteren Kreisen seinen Bestrebungen Anhänger zu gewinnen. Im eigentlichen Festlokal, dem „Bürgergarten“, war für reichliche Unterhaltung durch allerlei Veranstaltungen, Tombola, Blumenverlosung, Preisstiefeln und Konzert Sorge getragen. Gegen Abend nahm Kollege Hinz das Wort, dankte den zahlreichen Gästen für ihr Erscheinen und feierte, nachdem Hr. Kaczinski einen hübschen Prolog gesprochen, die beiden Jubilare, zum Schluß prächtige Diplome überreichend. Die Festrede hielt hierauf der Hauptvorsitzende, M. Schumacher aus Berlin. Er betonte in seiner trefflichen Rede besonders, daß die Arbeiter der Hirsch-Dunderschen Organisationen sich ebenso als Staatsbürger betrachten, wie die Angehörigen anderer Gewerkschaften und daß sie ardererseits verlangen ebenso als gleichberechtigte Staatsbürger betrachtet zu werden, wie andere Leute, die das Wort Patriotismus immer im Munde führen, deren Handlungen aber ihrem angeblichen Patriotismus nicht entsprechen. Auch die Arbeiter haben ein deutsches Vaterland und es ist falsch zu sagen, sie hätten nichts zu verlieren als ihre Ketten. Aber sie wollen im Innern des Vaterlandes Reformen durchführen, um auch die Arbeiterklasse den Segnungen der Kultur und der Fortschritte der Technik teilhaftig werden zu lassen. Der Redner richtete an die Frauen die Aufforderung, für die Gewerkschaftsbewegung tätig zu sein und auch die Jugend den Gewerkschaften zuzuführen. Zwar soll sie nicht mit politischen Fragen überhäuft, nicht zum Haß, sondern zur Liebe erzoogen werden, indem das Genossenschaftsgefühl in ihr wachgerufen wird. Der Redner schloß mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung und auf den Ortsverein der Holzarbeiter. — Nachdem noch eine Anzahl Begrüßungsreden gewechselt und Telegramme verlesen waren, wurde bei einbrechender Dunkelheit eine Fackelpolonaise veranstaltet, worauf der Tanz folgte. Das schön verlaufene Fest wird jedenfalls den Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben.

**Lohnbewegung.**

Zuzug ist fernzuhalten nach Braunsberg (Distr.), Stolp (Firma Block) für Bau- und Möbeltischler sowie Maschinenarbeiter.

**Görlitz.** Nach 17 wöchentlichem Streik ist es endlich zu einer Einigung gekommen. Nach dem Schlußprotokoll der Einigungsverhandlungen ist die wöchentliche Arbeitszeit auf 55 Std. festgelegt. Für Handwerker im Stücklohn beträgt der Anfangslohn 34 Pf., der Höchstlohn 45 Pf. Die bestehenden Löhne werden um 5 Pf. erhöht. Für perfekte Maschinenarbeiter beträgt der Einstellungslohn 33 Pf. Für Handwerker im Stundenlohn ist der Anfangslohn auf 33 Pf. festgesetzt. Auf die bestehenden Löhne erfolgt ein Zuschlag von 6 Pf. Für Handarbeiter ist der Anfangslohn 29 Pf., die bestehenden Löhne erfahren eine Erhöhung von 3 Pf. Für Ueberstunden werden 10 Pf., für Nachtarbeit 15 Pf. Zuschlag bezahlt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 32. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig

**Literarisches.**

**Le Traducteur — The Translator — Il Traduttore,** drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache.

Diese Zeitschriften, welche soeben einen neuen Jahrgang beginnen, machen sich zur Aufgabe, das Studium der fremden Sprachen, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiterzuführen. Die dem Urtext nebenan gestellte genaue Uebersetzung führt den Leser in beiden Sprachen den richtig gewählten Ausdruck vor, wodurch der Wortschatz vermehrt und die Genauigkeit in der Wiedergabe des Sinnes erlernt werden kann. Jede Nummer enthält neben einer durchlaufenden größeren Erzählung mannigfaltigen Les- und Lehrstoff, Gespräche, kaufmännische Briefe, Uebersetzungsaufgaben, sowie eine besondere Rubrik für Brief-, Postkarten- und Zeitungsaustausch. Wer sich mit Sprachstudium befaßt, dem seien diese überall gut eingeführten und bekannten Zeitschriften aufs Wärmste empfohlen.

Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

**Zur Hushilfe**

haben nachstehende Ortsvereine hzm. Verwaltungsstellen in der Zeit vom 1. Juli bis einschl. 31. Juli 1912 folgende Zuschüsse erhalten:

- a) **Gewerkschaftskasse:** Braunsberg 80, — Duisburg 40, — Gölitz 50, — Görlitz 390, — Nürnberg II 50, — Stolp 50, — Wiesel 850 M.
- b) **Krankenkasse:** Allenstein 25, — Ansbach 25, — Döbeln 50, — Gölitz 155, — Großenhain 40, — Halberstadt 20, — Hirschberg 25, — Lauterbach 20, — L.-Lindenau 75, — Liegnitz 115, — Nowawes 40, — Nürnberg I 50, — Nürnbera II 40, — Schmöln 55, — Schramberg 15, — Zitz II 80 M.
- c) **Begräbniskasse:** Gölitz 136, — Kaiserslautern 180, — Nowawes 180 M.

Die Ortsvereinskassierer werden hiermit auf das Bestimmteste ersucht, dem § 37 Abs. 3 des Gewerkschaftsstatuts die nötige Beachtung zu schenken.

Berlin, den 31. Juli 1912.

**W. Zietze,** Hauptkassierer.

**Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlins.**

**Sonntag, den 10. August 1912:** Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr, Koppenstr. 65, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Wiesenlöschchen, Schloßstr. 66, Zahlabend. Modell- und Fabrikischer. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Straße 50, Zahlabend.

**Sonntag, den 11. August 1912,** vorm. 10 Uhr, im Verbandshaus, Greifswalder Straße 222: **Allgemeine Versammlung der Bautischler und der in Bautischlereien beschäftigten Maschinenarbeiter Groß-Berlins.** Tagesordnung: „Die Aufgaben der Bautischler vor dem Vertragsablauf.“ Referent Kollege Folkmann. Vollständiges Erscheinen bringend notwendig. — Einsezer. Vorm. 10 Uhr, b. Zimmermann, Kurze Str. 17 (nahe Alexanderplatz), Branchenversammlung.

**Mittwoch, den 14. August:** Bezirk Ost- und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr: **Vertrauensmänner-Versammlung** b. Reich, Petersburger Straße 55. Vortrag des Koll. Folkmann. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

**Sonntag, den 17. August 1912:** Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr, bei Reich, Petersburger Straße 55, Zahlabend. Bezirk Nord und Bautischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstr. 143, Bezirksversammlung. Bezirk Südost und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wollschläger, Adalbertstr. 21, **Vertrauensmännerführung** u. Zahlabend. Bezirk Noabit. Abds. 8 1/2 Uhr, Turnstr. 18, Bezirksversammlung. **Wahl eines Schriftführers.** Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Marichall, Goethestr. 59, Zahlabend. Bezirk West. Abds. 8 1/2 Uhr, Großgörschenstr. 29, Bezirksversammlung. Rege Beteiligung an allen Versammlungen erwartet.

Die Verwaltung.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt die „Amtliche Beilage“ bei, welche dem Anschluß sofort einzuhändigen ist.

**Anzeigen.**

Für den Inseratenteil ist die Redaktion des Lesers gegenüber nicht verantwortlich.

**Ortsverein Neutölln.**  
Sonnabend, den 17. August 1912.  
11. Jahresversammlung 1912.  
**Versammlung.**  
Abends 8 Uhr im Saal des  
**Der Anzeiger.**

**2 Maschinentischler**  
hzm. Maschinenarbeiter,  
mit sämtlichen Fachkenntnissen  
sowie mit  
**2-3 Möbeltischler**  
für sofort gesucht.  
Kübelhahn Heinrich Sandler,  
Königsplatz 11, Sommer.  
Nachher (Sonntag) 12 Uhr  
im Saal des Anzeiger  
Abends 8 Uhr im Saal des Anzeiger  
Abends 8 Uhr im Saal des Anzeiger

**Patentschau**  
Zusammengestellt v. Patenting G. Knauer & Co.  
Assessorin d. G. Anwaltskanzlei. 4000 Berlin  
Lützowstr. 101. Telefon 101.  
Lützowstr. 523. Off. Dresden. Telefon 544.



**Einheitsliche Vereinsabzeichen.**

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitslichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsmedaille kostet das Stück 50 Pf., Manschettenknöpfe das Paar 1 M., und werden dieselben — nach Einsendung des Betrages an den Hauptkassierer Zietze — sofort den Vereinen zugestellt.  
**Der Hauptvorstand.**

**Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg**  
Erstklassige technische und kunstgewerbliche Lehranstalt mit Handelskursen. — Größe und anerkannt beste Privatschule der Branche. Im 8. Schuljahr erhielten 69 Schüler Stellung. Progr. u. Brosch. umsonst.

**Nur 87 Pf. pro Quartal**  
kostet die beliebte, gutredigerte Wochenchrift für **Sozialpolitik und nationale Kultur**, der in Magdeburg wöchentlich einmal erscheinende  
**„Mitteldeutsche Kurier“**  
mit seiner seitigen **Gratis-Unterhaltungsbeilage**. — Probenummern durch den Verlag. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Landbriefträger, sowie der Verlag, Magdeburg, Katharinenstraße 1/2, entgegen.